

Stadtforum Berlin
31. Mai 2021
digitale Live-Veranstaltung
ufaFabrik

Rückblick

**Zu-
kunft!**

Das Berlin von morgen weiterdenken

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Wohnen

BERLIN



Zukunft!

Rückblick

Berlin hat in den vergangenen fünf Jahren auf dem Feld der Stadtentwicklung viel bewegt und steht gleichzeitig vor großen Zukunftsaufgaben.

Das Stadtforum richtete am 31. Mai 2021 unter dem Titel „Zukunft! Das Berlin von morgen weiterdenken“ den Blick sowohl zurück als auch nach vorne: Was wurde in Berlin in der letzten Legislaturperiode erreicht? Wie gehen andere europäische Städte die Themen Wohnen, öffentlicher Raum, Partizipation und Stadtumbau an? Welche Zukunftsaufgaben kommen auf Berlin zu?

Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie fand die von Natascha Freundel (rbbKultur) moderierte Veranstaltung zum zweiten Mal digital statt. Sie wurde live aus der ufaFabrik in Tempelhof gestreamt. Die Veranstaltungsdurchführung im Freien sowie sinkende Inzidenzwerte ermöglichten es gleichzeitig, dass die Mehrzahl der Diskussionspartnerinnen und -partner dieses Mal vor Ort teilnehmen konnten, nur die internationalen Gäste aus Rotterdam und Wien wurden digital zugeschaltet.

Bürgerinnen und Bürger verfolgten die Direktübertragung von zu Hause oder unterwegs, viele beteiligten sich live per Chat an den Diskussionen. Bereits im Vorfeld waren auf der Beteiligungsplattform mein.Berlin.de zahlreiche Fragen und Beiträge eingegangen, die in die Diskussion eingebunden wurden.



Dreiklang der Nachhaltigkeit

„Stadtentwicklung ist nicht nur eine Entwicklungsfrage für Berlin, sondern es ist eine weltweite Herausforderung, vor der die Städte und großen Metropolen stehen“, sagte Senator Sebastian Scheel in seiner Einführung und begrüßte alle Teilnehmenden.

Die galoppierende Bodenpreisentwicklung zeigt, dass das Thema einer transparenten und sozialen Liegenschaftspolitik für die Städte das entscheidende Kriterium ist.

Sebastian Scheel, Senator für

Stadtentwicklung und Wohnen

Rückblick

Scheel sprach vom „Dreiklang der Nachhaltigkeit“ aus Ökonomie, Ökologie und sozialer Frage: „Was für eine Wirtschaft brauchen wir für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte? Was macht der Klimawandel mit unseren Städten? Wie können wir die soziale Mischung in unseren Städten erhalten?“



Neun Stadtforen in fünf Jahren

Scheel verwies auf die acht bisherigen Stadtforen der noch laufenden Legislaturperiode, in denen manche dieser Themen bereits im Fokus standen. Im Stadtforum teilnehmen! ging es um die Frage der „Leitlinien der Bürgerbeteiligung als neues und notwendiges

Instrument, um überhaupt Stadtentwicklung im Miteinander- und nicht Übereinander-Reden zu gestalten“. Im Stadtforum wohnen! wurde der Stadtentwicklungsplan Wohnen für 2030 als Grundlagendokument diskutiert. Mit Blick auf die Stadtforen Wirtschaft! und Boden! betonte Scheel: „Die galoppierende Bodenpreisentwicklung zeigt ganz deutlich, dass das Thema einer transparenten und sozialen Liegenschaftspolitik für die Städte das entscheidende Kriterium ist. Hier brauchen wir neue Instrumente, um die soziale Bodenpolitik auch wirklich möglich zu machen.“ Wie Berlin und Brandenburg sich gegenseitig befruchten, wurde im Stadtforum StadtUmland! diskutiert. Mit dem Verweis auf die Stadtforen Gemeinwohl! – der Grundlage der Stadtentwicklungspolitik – und RaumStrategie! – zum ressortübergreifenden Leitbild BerlinStrategie 3.0 – schloss Scheel schließlich seinen kurzen Rückblick.

Strategischer Gesamtrahmen

„Für Berlins Weg in die Zukunft“ sind strategische Leitbilder notwendig,

Kernelement einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik sind und bleiben bezahlbare Mieten.

Sebastian Scheel, Senator für Stadtentwicklung und Wohnen

Rückblick

welche die nachhaltigen, integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklungspläne bieten. Darüber können die Steuerung zukünftiger Flächenbedarfe und die zeitliche Priorisierung der Flächeninanspruchnahme miteinander vereinbart und das Handeln daran ausgerichtet werden.

Weiterbauen von Misch-, Wohn- und Gewerbequartieren sein müssen, auch bei der weiteren Reduktion von CO₂-Ausstoß, der klimaoptimierten Qualifizierung von Grün- und Freiflächen und vor allen Dingen bei der Stadt der kurzen Wege.“ Als Beispiel nannte er das Schuhmacher Quartier, das größte Holzbau-Quartier Europas, mit dem Berlin einen Meilenstein für vernünftige Kreislaufwirtschaft im regionalen Kontext setzt.

Schutz der Mieterinnen und Mieter

„Kernelement einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik sind und bleiben bezahlbare Mieten, die einer sozialräumlichen Polarisierung entgegenwirken und vor allen Dingen Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen sichern“, betonte Scheel. Deswegen benötigt Berlin eine Politik zur Sicherung sozial gemischter Quartiere. „Wir haben allein in der letzten Legislatur die Anzahl der Milieuschutzgebiete verdoppelt. Damit sind über eine Million Menschen mittlerweile im Schuttschirm des Milieuschutzes angesiedelt und damit vor Verdrängung geschützt.“

„Deshalb sind die Stadtentwicklungspläne Wohnen, Wirtschaft und Zentren so wichtig, weil sie die Zukunftsaufgabe unserer Stadt erst einmal umreißen.“ Für Scheel ist der Klimawandel die zentrale Herausforderung: „Insofern glaube ich, dass wir sehr konsequent beim Neu- und



Rückblick

Erbbaurecht und Gemeinwohl

Der Bodenpolitik kommt ebenfalls eine zentrale Rolle für die gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu. Scheel ergänzte: „Wir haben den Ausverkauf der Stadt gestoppt. Es werden Flächen nur noch im Erbbaurecht vergeben und nur an gemeinwohlorientierte Akteure oder die sich zumindest Gemeinwohlzwecken unterordnen.“ Mit dem Aufbau einer strategischen Grundstücksreserve will die Politik auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet sein. „Wir wollen, dass neue Stadtquartiere entstehen, die den ökologischen Standards entsprechen, aber gerade auch eine soziale Mischung garantieren.“

Sein letzter Punkt galt den Zentren. Berlin mit seiner polyzentralen Struktur verfügt über ein dichtes Netz an wohnungsnahen Grundversorgungsangeboten in den Kiezen – das ist eine gute Voraussetzung, um für unterschiedlichste Anforderungen – wie auch einer Pandemie – aufgestellt zu sein. Vor deren Hintergrund müsse die Schaffung neuer Ankernutzungen – u.a. durch öffentliche Nutzungen in

Geschäftsstraßen – ein elementarer Bestandteil der Stadtentwicklung werden. Senator Scheel freute sich daher, dass das Berliner Projekt „Kuratiertes Erdgeschoss-Management in Zentren und Geschäftsstraßen“ in einem vom Bundesbauministerium ausgelobten Wettbewerb als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausgewählt wurde.

Wie plant Wien für die Zukunft?

Marcus Schober, Gemeinderat der Stadt Wien, stieg in seinen Vortrag über leistbares Wohnen mit einem Vergleich der durchschnittlichen Nettokaltmieten ein: „Da sind Wien und Berlin mit 7,60 Euro und 8 Euro gar nicht so weit auseinander.“ Der Schnitt bei den Wiener Gemeinwohnungen liege bei 5,80 Euro, also deutlich niedriger als die im privaten Neubau Wiens verlangten 13 Euro. „Wir wissen, dass der kommunale Wohnbau, der soziale Wohnbau in Wien, der Garant dafür ist, dass es in Wien einen sozialen Frieden gibt,

Der kommunale Wohnbau ist der Garant dafür, dass es in Wien einen sozialen Frieden gibt. *Marcus Schober, Gemeinderat der Stadt Wien*

Rückblick

dass Wien diese sichere Stadt ist.“ Vor allem sorgten 220.000 über die ganze Stadt verteilte Gemeindebauten sowie weitere 200.000 leistbare Mietwohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger für eine gut durchmischte Stadt. Heute wohnten 62 Prozent der Haushalte in geförderten Wohnungen. „Warum bleibt Wien leistbar? Ich glaube, ein Grund ist, dass wir die Gemeindewohnungen nicht privatisieren.“ Wichtigstes Instrument ist der Wohnfonds Wien und vor allem die 2,7 Millionen Quadratmeter Reserveflächen, über die die Stadt verfüge. Mit Eurogate II und Seestadt Aspern stellte Schober zwei aktuelle Beispiele nachhaltiger Quartiersentwicklung vor und betonte, dass die Stadt darauf achtet, dass die Quote von 50 Prozent Freiflächen nicht unterschritten wird. Ein weiteres Erfolgsrezept von Wien liegt darin begründet, dass sich nahezu die gesamte Daseinsvorsorge vom öffentlichen Nahverkehr über das Wohnen bis zur Energieversorgung im Besitz der Stadt befindet.

In der anschließenden Diskussion sagte Senator Sebastian Scheel, dass

die Steuerungsmöglichkeiten, die mit einem Wohnungsanteil von über 60 Prozent im gemeinwohlorientierten Sektor und dem Druck, der damit auf den Gesamtmarkt möglich ist, auch in Berlin gern gesehen wären. In Berlin liegt der Anteil dagegen bei 30 Prozent: „Es gab in den 1990er Jahren eine Zeit, in der man offensichtlich der Auffassung war, dass die Wohnungsfrage keine Frage der Zukunft mehr sein würde. Sie wäre gelöst. Das hat sich als fataler Fehlschluss herausgestellt.“



Am Ende der Runde fasste Dr. Cordelia Polinna (Urban Catalyst) Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zusammen und richtete sie an den Senator



Rückblick

und den Gemeinderat. Unter anderem wollte ein Zuschauer wissen, ob es angesichts der Pandemie nicht wichtig sei, die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg zu intensivieren: Nachverdichtung, das habe die Pandemie gezeigt, sei nicht der richtige Weg, sodass Berlin stärker ins Umland expandieren müsse.

Senator Sebastian Scheel verwies auf die gute Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg, die in den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mündete, darin orientiere sich die Entwicklung der Siedlungsflächen mit dem sogenannten Siedlungsstern am Netz des schienengebundenen Verkehrs. Er betonte aber die Grenzen: „Ich wehre mich immer ein bisschen dagegen zu sagen: Unsere Probleme, die wir in Berlin haben, weil Berlin so attraktiv ist, können wir in Brandenburg lösen.“

Themenschwerpunkte: bezahlbares Wohnen und attraktive Zentren

Im Anschluss an das Gespräch folgte zur Einstimmung auf die Themenschwerpunkte „#1 Bezahl-

bar wohnen und neuen Wohnraum partizipativ schaffen“ und „#2 Berlins Zentren attraktiv, klimagerecht und nachhaltig mobil gestalten“ der [Kurzfilm](#) „Das Berlin von morgen weiterdenken“ von OFFscreen.de. Anschließend diskutierten in zwei parallelen Gesprächsrunden Vertreterinnen und Vertreter aus Initiativen, Interessensverbänden und Wohnungsbaugenossenschaften, Forschung und Lehre, planenden Berufen sowie Verwaltung die Themenkomplexe.

Gesprächsrunde #1

„Bezahlbar wohnen und neuen Wohnraum partizipativ schaffen“ lautete das Thema der ersten Arbeitsgruppe, die Lucia Brauburger von der agenturprintundtv moderierte. In ihrem Impulsvortrag über „Soziale Bewegungen und Stadtpolitik in Barcelona“ stellte Prof. Dr. Laura Calbet i Elias, Leiterin des Fachgebiets Theorien und Methoden der Stadtplanung der Universität Stuttgart, u.a. den dort praktizierten Ansatz einer neuen

Es sind nicht mehr Staat oder Stadt, die einladen mitzugestalten, sondern die Bürgerinnen und Bürger.

Leona Lynen, ZUsammenKUNFT

Berlin eG



Rückblick

Rechtsform – „Patrimoni ciudadá“ (zivilgesellschaftliche Güter) – vor. Dieser Ansatz bietet eine Alternative zu Staat und Markt und werde für gemeinschaftlich genutzte und selbstverwaltete Liegenschaften verwendet.

dass bezahlbares Wohnen und Partizipation eng zusammengehört und in Berlin schon seit Langem auch zusammengedacht werden, etwa im Engagement von Mieterinnen und Mietern für eine bessere Mietenpolitik oder von Akteurinnen und Akteuren des Hauses der Statistik bei der Entwicklung ihres Projekts. Leona Lynen brachte es so auf den Punkt: „Es sind nicht mehr Staat oder Stadt, die einladen mitzugestalten, sondern Bürgerinnen und Bürger.“

Aus dem Chat erreichten die Gesprächsrunde Fragen zu einzurichtenden Räumlichkeiten für Partizipation, zu steigenden Baukosten und zu der Freiraumplanung in den neuen Quartieren.

Bei der Frage, wie wir in Zukunft wohnen wollen, herrschte Einigkeit darüber, dass alternative Wohnformen weiterentwickelt und angeboten werden müssten, man jedoch Familien mit Kindern, die auch weiterhin angemessenen und bezahlbaren Wohnraum benötigen, nicht aus den



In der Runde diskutierten anschließend Dr. Ulrike Hamann (Wohnraumversorgung Berlin AöR), Andreas Hofer (Internationale Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart GmbH), Stefan Krause (Wohnungsbaugenossenschaft NEUES BERLIN) und Leona Lynen (ZUsammenKUNFT Berlin eG, team stadtstattstrand).

Die Teilnehmenden waren sich einig,

Die Zukunft ist jetzt. Die Häuser, die wir jetzt hauen, werden in dieser Zukunft überleben müssen.

Andreas Hofer, Internationale

Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart GmbH

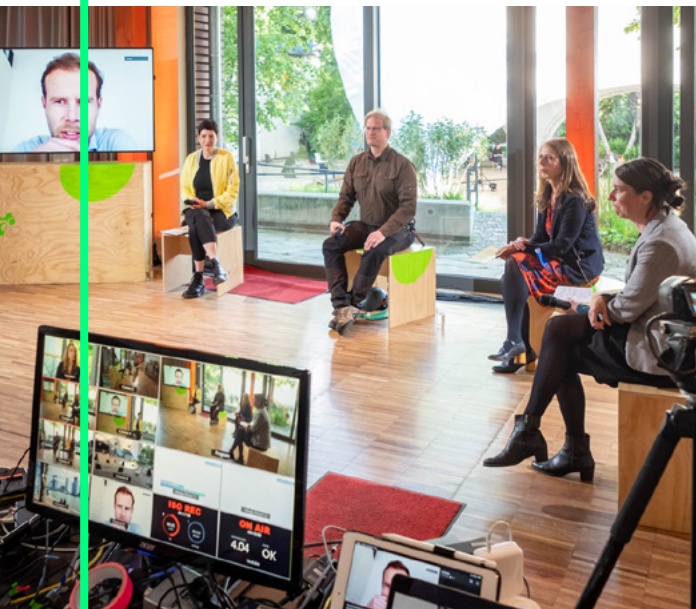


Rückblick

Augen verlieren dürfe. Andreas Hofer formulierte es im Schlusswort so: „Ich würde sagen, die Zukunft ist jetzt. Die Häuser, die wir jetzt bauen, werden in dieser Zukunft überleben müssen.“

Gesprächsrunde #2

Den Input in Gesprächsrunde #2 „Zentren attraktiv, klimagerecht und nachhaltig mobil gestalten“ hielt Mattijs van Ruijven, der Leiter der Stadtentwicklungsplanung Rotterdam.



Er stellte unter anderem die Umwandlung autogerechter Boulevards in lebenswerte öffentliche Räume für alle vor, präsentierte aktuelle Stadt-

entwicklungsprojekte und beschrieb eindringlich den angestrebten Mobilitätswandel: „Das ist jetzt also eine Stadtpolitik, bei der es nicht mehr um die Autos geht, sondern wir drehen das Ganze um: Das Wichtigste sind jetzt die Fußgänger, dann die Radfahrer, anschließend die öffentlichen Verkehrsmittel und dann die Autos.“ Im Anschluss diskutierten Daniela Allmeier (Büro Raumposition, Wien), Saskia Ellenbeck (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V., ADFC), Susann Liepe (Citymanagement der [Aktion! Karl-Marx-Straße], LOKATION:S Partnerschaft für Standortentwicklung) und Felix Weisbrich (Leiter des Straßen- und Grünflächenamts Friedrichshain-Kreuzberg) unter der Moderation von Ricarda Pätzold (Deutsches Institut für Urbanistik, Difu). Auch in dieser Arbeitsgruppe gab es zu Beginn einen Konsens: Die Pandemie habe als eine Art „Power-Beschleunigerin“ für gesellschaftliche Entwicklungen gewirkt, die schon zuvor spürbar waren. Die Anpassungs-

Räume mal temporär anders zu programmieren, das bewährt sich auch als Beteiligungsmethode.

Felix Weisbrich, Leiter des Straßen- und Grünflächenamts
Friedrichshain-Kreuzberg

Rückblick

fähigkeit von Mensch, Gesellschaft und vor allem der Verwaltung wurde positiv hervorgehoben. In Rekordzeit habe die Verwaltung beispielsweise temporäre Spielstraßen und Pop-up-Radwege genehmigt.



Durch eine voranschreitende Digitalisierung und ein damit verbundenes verändertes Kaufverhalten zu Lasten des stationären Einzelhandels haben die Zentren an Attraktivität eingebüßt. Es entstünden aber auch Chancen für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung: neue Flächen und Aufenthaltsqualitäten für alternative Nutzungen wie Kultur, Bildung und

Treffpunkte ohne Konsumzwang. Ob innere oder äußere Stadt oder das Umland – überall werden öffentliche Räume zum Flanieren, zum Verweilen und für nachbarschaftliche Begegnungen für alle Altersgruppen benötigt. Räume temporär mal anders zu programmieren, das habe sich auch als Beteiligungsmethode bewährt, so könne man direkt vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern über den veränderten Raum diskutieren, so Felix Weisbrich. Als Beispiel nannte er die temporären Spielstraßen, die das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg 2020 und 2021 in zahlreichen Kiezen eingerichtet hat und die von ehrenamtlichen Kiezlotsinnen und Kiezlotsen betreut werden.

Aus dem Chat erreichte die Runde Fragen, wie Berlin die Verkehrswende auch in die Randbezirke tragen könne und wie die derzeit stark genutzten und deswegen oft vermüllten Grünräume besser gepflegt werden könnten.

Konsens war schließlich, dass die

Denn es geht darum, die Stadt lebenswert, bezahlbar und auch ökologisch zu erhalten für ganz viele Bewohnerinnen und Bewohner in Berlin.

Wenke Christoph, Staatssekretärin für Wohnen

Rückblick

größten Reserveflächen in den Städten die Verkehrsflächen seien und dass eine Flächenumverteilung vom Autoverkehr hin zu Aufenthaltsqualität stattfinden müsse und es dafür mehr Akzeptanz braucht.



Ausblick: Wie geht es weiter, Berlin?

In der Schlussrunde fassten Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin für Stadtentwicklung, und Wenke Christoph, Staatssekretärin für Wohnen, die Erkenntnisse aus den Gesprächsrunden zusammen und gaben einen Ausblick in die Zukunft. So wurde in der ersten Gesprächsrunde herausgestellt, dass Wohnen

keine Ware und eine Wohnung weit mehr als ein Ort zum Schlafen sei. „Wohnen ist eine Frage der Lebensqualität und damit auch eine Frage des Gestaltens im Interesse des eigenen Lebens, aber auch der Gemeinschaft, des Quartiers und der Stadtgestaltung“, sagt Wenke Christoph. Wohnen sei oft Gegenstand von Partizipation – auf Einladung von der Stadt oder oft auch als Einforderung der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel über Volksentscheide oder Projekte wie das Haus der Statistik. Dies führe zu Ko-Produktion von Stadt, bei der gemeinsam gestaltet werde, wie wir wohnen und leben wollen. Auch in der Gesprächsrunde #2, in der die Zentrumsentwicklung im Fokus stand, sei es um Ko-Produktion von Stadt gegangen, fasste Regula Lüscher zusammen. Sie erkannte in der derzeitigen Corona-Situation auch eine große Chance für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung und hofft vor allem auf eine andere Preispolitik. Wenn die Erdgeschosse nicht mehr die

Wenn ich von Ko-Produktion spreche, meine ich nicht immer nur das nette Miteinander.

Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin für Stadtentwicklung




Rückblick

Cashcows der Zentren sind, könne der Staat leichter regulierend eingreifen und seine Vorstellungen von Stadtleben fördern.

Die Auffassung aus dem Chat, der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030“ sei ohne Beteiligung aufgelegt worden sei, wollte Senatsbaudirektorin Regula Lüscher so nicht stehen lassen. Gerade dieser Stadtentwicklungsplan sei am stärksten mit sehr unterschiedlichen Interessensgruppen entwickelt worden, was äußerst spannende und kontroverse Diskussionen hervorgebracht habe. Sie ergänzte:

„Wenn ich von Ko-Produktion spreche, meine ich nicht immer nur das nette Miteinander. Es gibt eben auch Konfrontationen, die dann Energie produzieren – und man merkt: Jetzt muss wirklich etwas geändert werden.“

Natascha Freundel griff in ihrem Schlusswort diesen Gedanken auf und bemerkte, dass es spannend bleibe, wie die Politik weiterhin auf den Druck aus der Bevölkerung reagiere und bedankte sich bei allen Beteiligten des Stadtforums Zukunft.



Herausgeberin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
www.stadtentwicklung.berlin.de

Inhalte und Bearbeitung

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat Stadtentwicklungsplanung
Thorsten Tonndorf, Referatsleiter Stadtentwicklungsplanung
Elke Plate, Projektleitung
Anja Zahn, Projektteam

Durchführung und Dokumentation

Urban Catalyst GmbH
Dr. Cordelia Polinna, Sarah Oßwald, Berin Ergin
Glogauer Straße 6, 10999 Berlin
E-Mail: stadtforum@urbancatalyst.de

Text

Christoph Tempel

Bildnachweis

Fotos: Till Budde © Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Grafik: Tom Unverzagt

Berlin, 2021